

Streit um F-35: Angriff auf Finanzkontrolle

- 10.07.2022
- NZZ am Sonntag
- Georg Humbel

Georg Humbel Nach dem kritischen Bericht zum Kampffjet: Bürgerliche stellen Finanzkontrolle infrage und bezeichnen ihren Direktor als armeefeindlich. Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) hat einen makellosen Ruf. Ihre Prüfer gelten als unbestechlich und genau. Ihre Berichte als präzise. Doch nachdem sie am Freitag einen kritischen Bericht über die Beschaffung des F-35-Kampffjets veröffentlicht hat, wird sie von bürgerlicher Seite heftig angegriffen.

Dies, weil die EFK die Abmachungen mit den USA über den Festpreis wie auch über die Wartungskosten anzweifelte. Die Reaktionen der Befürworter der F-35 fallen scharf aus und gehen ins Persönliche. So wird die armeekritische Vergangenheit von EFK-Direktor Michel Huissoud thematisiert. In Chatgruppen im Umfeld des Parlaments kursiert nun ein Text aus dem Jahre 2021, in dem Huissoud über seine politische Vergangenheit Auskunft gibt. In dem Interview auf der Website der Kommunikationsagentur Furrerhugi erzählt er: «Mit zwanzig war ich im Soldatenkomitee, das damals nahe der marxistischen Liga war.

» Es sei ihm ein Anliegen gewesen, sich «gegen den Missbrauch der Macht zu wehren, den ich in der Armee erlebt habe». Aus diesen Aussagen leiten einige Sicherheitspolitiker nun eine grundsätzlich armeekritische Haltung des obersten Finanzprüfers ab. «Gegenüber der Armee ist mir die Finanzkontrolle als besonders kritisch aufgefallen», sagt etwa die Mitte-Nationalrätin Ida Glanzmann. Sie gilt als enge Vertraute von Bundesrätin Amherd. Etwas schärfer formuliert es ihr Parteikollege Alois Gmür.

Er spricht von einer «politischen Schlagseite» der EFK. «Die Vorwürfe der Finanzkontrolle sind gegenüber der Finanzkommission widerlegt», sagt er. Der SVP-Nationalrat Mauro Tuena, Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats, sieht es gleich: «Die Berichte der Finanzkontrolle haben politische Schlagseite. Das darf nicht sein.» Nun wollen erste Politiker gar die Aufgaben der Finanzkontrolle beschneiden: «Wir sollten die EFK grundsätzlich anschauen und diskutieren, welche Aufgabe sie in Zukunft noch haben soll», sagt der SVP-Sicherheitspolitiker Thomas Hurter.

Auch die Finanzkontrolle müsse kontrolliert werden, betont der ehemalige Berufsmilitärpilot. Selbst die Beschaffungsbehörde Armasuisse meldet sich mit ungewohnt harten Formulierungen zu Wort: Sie wirft der Finanzkontrolle vor, sie würde mit dem Bericht «gegen Landesinteressen verstossen». Gegen die geballte Kritik wehrt sich der Direktor der Finanzkontrolle auf Anfrage persönlich. Er stehe zu seinen Aussagen im nun verbreiteten Interview über seine Vergangenheit. Er sei jedoch nicht für die Abschaffung der Armee.

«Ich bin für eine sparsamere und wirksame Armee». Mit ihrem Bericht habe die Finanzkontrolle geholfen, das Risikomanagement der Armee zu optimieren. Das sei ein kleiner, aber wichtiger Beitrag, um die Sicherheit des Landes zu verbessern. «Wir unterstützen den Bundesrat und das Parlament, indem wir frühzeitig auf Risiken aufmerksam machen», sagt Michel Huissoud. Das sei auch bei diesem Bericht das Ziel gewesen.

Wer die Finanzkontrolle schwächen wolle, der schwäche die Oberaufsichtsfunktion des Parlaments. «Wenn das die wahre Absicht ist, wäre es sehr bedenklich», so Huissoud. Inhaltlich hält er an den Befunden des Berichts fest. Darin steht, es gebe beim Kauf des F-35 «keine rechtliche Sicherheit für einen Festpreis». Bei Differenzen zwischen der Schweiz und den USA müsste es möglich sein, zumindest ein Schiedsgericht anzurufen, unterstreicht Huissoud: «Ein Ausschluss der Gerichtsbarkeit ist risikobehaftet und passt definitiv nicht zu einem Rechtsstaat.

» Die Verträge für den Kauf des Kampffjets müssten vor der Unterzeichnung «noch verbessert» werden. So müssten auch wesentliche Begrifflichkeiten klarer definiert werden. Support erhält die

Finanzkontrolle von linker Seite: «Es kann nicht sein, dass man die oberste Finanzaufsicht des Bundes infrage stellt, weil einem der Inhalt eines Berichtes nicht passt», sagt die SP-Sicherheitspolitikerin Franziska Roth. Sie bekämpft den Kauf des Kampfjets und fühlt sich durch den Bericht bestätigt. Roth hält die Angriffe gegen die Finanzkontrolle für «staatspolitisch bedenklich».

Zu den persönlichen Angriffen auf Huissoud sagt sie: «Wenn man keine Argumente hat, spielt man auf den Mann.» Das sei «hoch unanständig». Doch für Huissoud selber haben die Angriffe ohnehin kaum mehr Bedeutung. Er wird Ende August in den Ruhestand treten..